



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Den Geist des Grundgesetzes umsetzen, Demokratie stärken, bundesweite Volksentscheide aktivieren.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung, im Bundestag und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Grundgesetz dahingehend geändert wird, dass bundesweite Volksentscheide zu nationalen und europäischen Fragen ermöglicht werden.

Begründung:

Volksentscheide haben in Bayern Tradition und sie haben sich bestens bewährt.

Wahlen und Abstimmungen bilden zusammen mit der Gewaltenteilung laut Art. 20 des Grundgesetzes in Deutschland die wesentliche Grundlage zur Ausübung der souveränen Staatsgewalt durch das Volk.

In den letzten Jahrzehnten hat sich der politische Handlungsbedarf stark von regionalen und nationalen Fragen auf europäische und globale Fragen erweitert. Dieser Entwicklung muss auch die Demokratie in Deutschland und Europa Rechnung tragen.

Bürger fühlen sich zunehmend politisch übergangen und mit ihren Interessen bei gewählten Politikern unzureichend vertreten. Wahlen befriedigen kaum noch, wie die permanent sinkende Wahlbeteiligung aufzeigt und wie sich Protestwähler artikulieren. Bürger fordern deswegen zunehmend das Recht, über weittragende Veränderungen in Deutschland und Europa direkt mitzubestimmen.

Hierzu ist eine Anpassung des Grundgesetzes, insbesondere der Art. 76 Absatz 1 (Gesetzgebung des Bundes), Art. 77 (Mitwirkung der Länder) und Art. 82 (Ausfertigung von Gesetzen) notwendig.

Einzig die CDU hat sich bisher einer solchen Anpassung widersetzt. Dagegen gilt eine breite Mehrheit quer durch alle anderen Fraktionen als gesichert.

Bundesweite Volksentscheide sind ein hervorragendes Mittel gegen die Politikverdrossenheit, weil die Bürger dann konkret mitentscheiden können und ihre gefühlte Ohnmacht gegenüber Regierungen abbauen können.